

28.04.93

Antrag

des Landes Baden-Württemberg

Entschließung des Bundesrates zur Aufnahme von Kriegs- und
Bürgerkriegsflüchtlingen

DER MINISTERPRÄSIDENT
DES LANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

Stuttgart, den 27. April 1993

An den
Präsidenten des Bundesrates
Herrn Ministerpräsident
Oskar Lafontaine

Sehr geehrter Herr Pr sident,

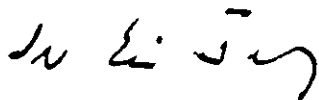
die Landesregierung von Baden-Württemberg hat beschlossen, dem Bundesrat
den in der Anlage beigefügten Antrag für eine

Entschließung des Bundesrates zur Aufnahme
von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen

zuzuleiten.

Ich bitte, die Vorlage gem. § 36 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundes-
rates auf die Tagesordnung der Sitzung des Bundesrates am 7. Mai 1993 zu
setzen und eine sofortige Sachentscheidung herbeizuführen.

Mit freundlichen Gr  en



A N L A G E

Entschließung des Bundesrates zur Aufnahme von Kriegs- und
Bürgerkriegsflüchtlingen

Der Bundesrat anerkennt die Anstrengungen des Bundes, der Länder und Kommunen sowie der Kirchen und freien Wohlfahrtsorganisationen bei der Hilfe für die notleidenden Menschen insbesondere in Bosnien-Herzegowina, aber auch bei der Aufnahme sowie Unterbringung von Flüchtlingen aus den Krisengebieten und dankt der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland für die hierbei bewiesene Hilfsbereitschaft.

Der Bundesrat stellt mit Sorge fest, daß weiterhin mit steigender Tendenz Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten in großer Zahl außerhalb von Kontingenten oder unter Umgehung von Visabestimmungen ins Bundesgebiet einreisen, mit Rücksicht auf die Brgerkriegssituation bzw. aufgrund bestehender Abschiebestopps nicht wieder abgeschoben werden können und in großer Zahl vor allem die Sozialhilfeträger und Gemeinden belasten. Die Kommunen finanzieren derzeit fast allein die Flüchtlinge, denen ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht eingeräumt wird.

Vor diesem Hintergrund hält der Bundesrat die im Entwurf eines Gesetzes zur Änderung asylverfahrens-, ausländer- und staatsangehrigkeitsrechtlicher Vorschriften (Bundestagsdrucksache 12/4450 vom 02.03.93) enthaltene Regelung zur Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen (neuer § 32 a des Ausländergesetzes) für nicht ausreichend, weil sie nur vereinbarte neue Kontingente von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen erfaßt und sich dabei im wesentlichen auf Fragen des ausländerrechtlichen Status dieser Personen und ihrer länderübergreifenden Verteilung beschränkt.

Der Bundesrat hält folgende Maßnahme für notwendig:

1. Für sämtliche Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten und die künftig hierherkommen, müssen ein einheitlicher Status mit einem auf die Situation der Bürgerkriegsflüchtlinge spezifisch abgestimmten Leistungsrecht geschaffen sowie klare Verteilungsregelungen getroffen werden, und zwar unabhängig davon, ob die Einreise im Rahmen oder außerhalb eines Kontingents erfolgt bzw. erfolgt ist.
2. Die Verteilung aller ins Bundesgebiet einreisenden ausländischen Flüchtlinge in der Aufnahmelast der Länder (Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, Asylbewerber und sonstige Ausländer, die im Rahmen humanitärer Hilfsaktionen Aufnahme finden) muß nach einem einheitlichen Gesamtverteilungsschlüssel erfolgen.
3. Unterbringung, Unterhalt und Krankenversicherung und spätere Rückführung für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge müssen in gesamtstaatlicher Verantwortung des Bundes sowie der Länder und der Kommunen geregelt werden, insbesondere müssen die finanziellen Folgen der Aufnahme und der Rückführung dieser Menschen von Bund, Ländern und Gemeinden gemeinsam getragen werden. Der Bundesrat erwartet insbesondere nach wie vor eine 50 %ige Beteiligung des Bundes an allen Kosten, die den Ländern und den Kommunen durch die Aufnahme von Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlingen entstehen.

Angesichts der aktuellen und durch den weiteren Zustrom von Bürgerkriegsflüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien noch steigenden Aufgaben- und Ausgabendimension müssen diese Fragen sofort und umfassend im Vorgriff auf eine entsprechende gesetzliche Regelung gelöst werden. Der Bund wird aufgefordert, hierfür unverzüglich die Initiative zu ergreifen und dabei auch einen Vorschlag für ein Rückführungsprogramm zu unterbreiten.